

„Weidezone“ erhöht den Druck

Vernetzungstreffen in Frankreich soll EU zum Umdenken in Sachen Wolf-Schutzstatus bewegen. Obmann Stefan Brugger fordert von der neuen Landesregierung Taten.

Innsbruck – Die jüngsten Wolfsrisse in der Umgebung von Innsbruck – Mutters, Axams etc. – und die Tatsache, dass sich die gefährlichen Räuber immer weiter in Siedlungsräume hineinwagen, haben die Tiroler Schafzüchter in große Unruhe versetzt. Viele sind nicht länger bereit, ihre Tiere als Futter für Großraubtiere zu züchten.

Mittlerweile umfasst der Verein „Weidezone“, der sich für eine Regulierung des Wolfsbestands ausspricht und den Schutzstatus des Wolfs entsprechend reduzieren will, an die 19.000 Mitglieder. Obmann Stefan Brugger und seine Mitstreiter lassen keine Gelegenheit aus, um für ihre Sache zu werben. Brugger selbst spricht heute Freitag auf Einladung des Verbands der Südtiroler Kleintierzüchter in Bozen, auch bei anderen Veranstaltungen bzw. in diversen TV-Diskussionen machen die Tiroler Tierzüchter auf ihre Anliegen aufmerksam.

Anfang Dezember wird das Thema auf einer internationalen Tagung im französischen Montpellier behandelt. Der Verein „Weidezone Tirol“ ist als Vertreter Österreichs zu diesem Vernetzungstreffen eingeladen. Kern der Veranstaltung ist, die EU-Kommission zu einem Umdenken zu bewegen. Derzeit gilt der Wolf als „streng geschützt“, künftig soll er auf „geschützt“ reduziert werden, was eine Regulierung der Bestände ermöglichen würde.

Vereine bzw. Einzelpersonen aus den Niederlanden, der Schweiz, Deutschland, Dänemark, Belgien, Spanien und Italien haben für das Treffen bereits zugesagt, neben Österreich werden auch Vertreter aus anderen von der zunehmenden Wolfspopulation betroffenen Ländern erwartet.

Das Treffen in Montpellier findet in zeitlicher Nähe zur 42. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Berner Konvention statt. Diese Vereinigung wurde 1979 gegründet, um über den Schutz europäischer wildlebender Tiere und Pflanzen zu wachen. Bei der aktuellen Sitzung geht es um die von der Schweiz beantragte Herabstufung des Wolfs, die von der EU-Kommission nach wie vor abgelehnt wird.

Bekanntlich spricht sich auch Österreichs Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig für die Möglichkeit aus, den Wolfsbestand zu regulieren. Er schließt sich damit der Meinung von Fachleuten wie dem Wildtierbiologen Klaus Hackländer von der Boku Wien an, dass der Wolf immer noch streng geschützt ist, obwohl er nicht mehr gefährdet ist. Allein im Alpenbogen halten sich mittlerweile mehr als 300 Rudel auf – zumindest eines bekanntlich auch in Osttirol. Totschnig fordert von der EU-Kommission die Anpassung der 30 Jahre alten EU-Richtlinie zum Schutzstatus des Wolfes. Kroatien, Finnland, Ungarn, Lettland, Rumänien, die Slowakei, Frankreich, Spanien, Italien, Slowenien, Griechenland, Dänemark, Portugal, Estland, Litauen und Belgien unterstützen das österreichische Begehren.

Beim Treffen der Züchtervereine in Montpellier geht es nicht zuletzt darum, dieser Forderung Rückenwind zu verschaffen. Im Einladungsschreiben formuliert Mélanie Brunet vom Organisationsteam das Ziel: Die Idee sei, „zusammenzuarbeiten, Einheit zu demonstrieren und als Einheit gegen die realitätsfremde Europäische Union aufzutreten“.

In einer Mitteilung an die Mitglieder des Vereins „Weidezone“ schreibt Obmann Brugger, dass neben all diesen Veranstaltungen „unser Weg in Tirol nicht vergessen“ werden dürfe: „Die Politiker haben uns etwas versprochen und das auch im Koalitionspapier festgehalten. Jetzt muss die Umsetzung beginnen! Es muss noch im November die Textierung für das Jagdgesetz gemacht werden, damit es mit Ende Februar in Kraft tritt.“ In diesem Bereich will er „permanent einfordern. Nach Möglichkeit sollten wir im März 2023 die ersten Wölfe schießen.“ Brugger gesteht den Politikern zu, dass nach geschlagener Wahl und Regierungsbildung feiern angesagt war. Jetzt aber müsse gearbeitet werden.